©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



# „SO JUNG UNSER LAND IST, ES HAT SCHON EINE TRADITION ...“ ZUR POLITISCHEN KULTUR IM BURGENLAND 1927-1938[1]

Christian Ratz, Sankt Martin in der Wart

## *1.1 Identitätssuche*

Als 1921 die Angliederung des Burgenlandes an Österreich erfolgte, wurde ein Land geschaffen, das zuvor noch nie eine administrative Einheit gebildet hatte. Eine traditionelle politische Vergangenheit sowie das Selbstbewusstsein fehlten. Grenzen mussten erst geschaffen, erstritten und erkämpft werden. Sogar ein Name musste erst gefunden werden.[2]

Das Burgenland bildete zwar ab 1921 als eigenes Bundesland eine politische Einheit, jedoch nicht auf geopolitischer und sozioökonomischer Ebene. Die Menschen im Landschaftsstreifen blieben sich lange Zeit fremd, weil sie wirtschaftlich und verkehrsmäßig unverbunden lebten:

> *„So bilden die drei Bezirke des südlichen Burgenlandes weder eine wirtschaftliche noch eine politische Einheit. Jeder lebt für sich allein, jeder hat andere Interessen, andere Bedürfnisse. Der Oberwarter Bezirk gravitiert nach Wien, nach Norden, der Jennersdorfer Bezirk gravitiert nach der Steiermark, nach Westen, und der Güssinger Bezirk – will uns erscheinen – gravitiert überhaupt nicht: er vegetiert höchstens.“*[3]

Das neue Bundesland wies somit ein geschichtliches Defizit auf: Während die meisten der anderen Bundesländer aus den habsburgischen Erbländern mit ihren vorhandenen politischen Strukturen hervorgegan-

---

Diese Kurzfassung basiert auf meiner Diplomarbeit mit dem Titel: „Zwischen Idylle und Radikalisierung: Die politische Kultur im Burgenland von 1927 bis 1938“, die im Jahr 2009 von Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien approbiert wurde.

Zur Anschlussfrage und zum Angliederungsprozess im Detail siehe Schlag, Gerald: „Aus Trümmern geboren Burgenland 1918-1921 (= Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland, Bd. 106). Eisenstadt 2001.

Ambroschitz, Hans: Das ganze Burgenland soll es sein! In: Der Freie Burgenländer, 25. August 1929, S. 1.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



gen sind und jedes durch eine individuelle Geschichte gekennzeichnet war, ist das Burgenland als Landesverband mehr oder weniger zufällig entstanden.[4]
Das Burgenland wies keine einigende Tradition auf.[5] Das Zusammenwachsen mit der jungen Republik gestaltete sich deutlich schwieriger als zuvor von der österreichischen Regierung angenommen. Dabei fehlten die verkehrsmäßige, kommunikationstechnische und die politische Verbundenheit der einzelnen Landesteile.
Als das schwerwiegendste und größte Problem des Burgenlandes nach der Angliederung erwies sich die Verkehrsinfrastruktur. Der Anschluss an das österreichische Bahnnetz war im Norden nur ansatzweise vorhanden, in den mittleren und südlichen Landesteilen fehlte er gänzlich. Das burgenländische Straßennetz war noch schlechter ausgebaut. Eine Nord-Süd-Verbindung, die alle Landesteile einigen und den modernen Ansprüchen der Industrie gerecht werden würde, fehlte komplett. Wegen der großen Wirtschaftsprobleme konnte Österreich dem neuen Bundesland finanziell nur unzureichend helfen. Die offizielle Landeshymne wurde erst im Mai 1936 im Rahmen eines 1935 ausgeschriebenen Wettbewerbs als identitätsstiftendes Element eingeführt.[6]

### *1.2 Parteien- und Lagerbildung*

In Wiener Neustadt wurde am 9. Jänner 1921 die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei für das Burgenland" gegründet.[7] Die Sozialdemokratische Partei hatte ihren deutlichen Schwerpunkt in den WanderarbeiterInnen-

---

[4] Vgl. Widder, Roland: Die „Unschuld vom Lande" – Argumente gegen die Plötzlichkeit. Eine sozialpsychologische Annäherung an das Burgenland vor 1938. In: Burgenländisches Landesarchiv (Hg.): Burgenland 1938. Vorträge des Symposions „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren" im Kulturzentrum Eisenstadt am 27. und 28. September 1988 (= Burgenländische Forschungen, Heft 73). Eisenstadt 1989, S. 38-58, hier S. 41.
Vgl. Widder, Roland: Landespolitik am Beispiel Burgenland (1922-1934). Die Konstruktionsanfänge einer Provinz. In: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, S. 632-651, hier S. 635.
Vgl. Winkler, Gerhard J.: Das verordnete Landesbewusstsein. Zur Entstehung der burgenländischen Landeshymne. In: Burgenländisches Landesarchiv (Hg.): Beiträge zur Landeskunde des burgenländisch-westungarischen Raumes. Festschrift für Harald Prickler zum 60. Geburtstag (= Burgenländische Forschungen, Sonderband XIII). Eisenstadt 1994, S. 493-504.
Vgl. Schlag, Gerald: Burgenland. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 2, Graz, Wien, Köln 1983, S. 747-800, hier S. 763.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



orten des nördlichen Burgenlandes. Diese PendlerarbeiterInnen konnten auch ihre bäuerlichen Verwandten und Nachbarn für die SDAP gewinnen, eine Erscheinung, die übrigens im ganzen Burgenland zu verfolgen war. Dieser Werbearbeit kam die ungünstige Agrarstruktur des Landes zugute.

Die westungarische Sozialdemokratie stellte sich 1918 die Frage nach der künftigen Staatszugehörigkeit, die die Partei in zwei Lager spaltete: Eine Gruppe sah ihr Hauptziel im Anschluss an Österreich, wobei weniger parteiideologische, sondern vielmehr soziale und wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend waren. Die meisten Befürworter der Angliederung waren ArbeiterInnen aus den Gemeinden westlich von Ödenburg und rund um den Neusiedler See, im Südburgenland war die SDAP eher schwach vertreten. Der andere Flügel vertrat eine Autonomie Westungarns innerhalb des ungarischen Staates. Die Autonomisten waren in erster Linie aus ideologischen und parteipolitischen Überlegungen gegen einen Anschluss.[8]

Erst der Zusammenbruch der kommunistischen Räterepublik und die Verfolgungen durch das Horthy-Regime brachten die Partei dazu, einheitlich für den Anschluss zu kämpfen. 1920/21 hegte die österreichische Bundesparteileitung noch ein gewisses Misstrauen gegenüber den burgenländischen SozialdemokratInnen, die sich während der Räterepublik exponiert hatten.

Aufgrund der überwiegend agrarischen Sozialstruktur des Landes, kaum industrialisiert und ohne größere Städte, war der Erfolg der Sozialdemokratie eine Überraschung für alle Parteien.[9]

Die zweitälteste Partei des Burgenlandes war die Christlichsoziale Partei, die als „Katholische Volkspartei" in Westungarn unter österreichischem Einfluss ihren Anfang nahm.[10] Die Partei wurde vor allem vom Klerus und von einem Großteil des ungarischen Adels getragen. Als im August 1919 die Räterepublik gestürzt wurde und die politische Rechte wieder Regierungsverantwortung übernahm, wurde die Christlichsoziale Partei, die nunmehr den Namen „Christlichsoziale Wirtschaftspartei" trug, das tragende Element.[11]

Die Christlichsozialen nahmen in der Anschlussfrage eine entschieden

---

8 Vgl. Kallinger, Elke: Die politischen Parteien im Burgenland 1921-1934. Dipl., Univ. Wien 1994, S. 13.
Vgl. Widder, Landespolitik am Beispiel Burgenland, S. 639.
Vgl. Unger, Günter M.: Die Christlichsoziale Partei im Burgenland (= Burgenländische Forschungen, Heft 49). Eisenstadt 1965, hier S. 3 f.
Ebda., S. 4 f.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



antiösterreichische Haltung ein. Dafür waren zwei Motive wesentlich: Erstens fühlten sie sich verantwortlich für das gesamte Deutschtum Ungarns und fürchteten, dass nach einer Abtrennung des westungarischen Grenzstreifens die ungarischen Deutschen von einer neuen Magyarisierungswelle erfasst und kulturell ein Schattendasein führen würden. Zweitens – und das wog viel schwerer – war in Ungarn ein konservatives Regime an der Macht, während in Wien die Sozialdemokratie regierte.[12]
Im April 1921 entstand in Wien die „Burgenländische Christlichsoziale Partei", die sich für einen Anschluss des Burgenlandes an Österreich stark machte.[13] Als im Winter 1921 das Burgenland Österreich angeschlossen wurde, mussten sich viele Christlichsoziale entscheiden. Wer kompromisslos für Ungarn war, zog sich nach Ödenburg zurück, der Rest trat der „österreichischen" CSP bei.

Bereits 1907 wurde der erste Vorstoß unternommen, eine deutschnationale Partei ins Leben zu rufen, doch dieses Vorhaben scheiterte an den ungarischen Behörden. Bis 1921 war allen Versuchen, die Deutschen in einer deutschnationalen Partei zu integrieren, das gleiche Schicksal beschieden. In den Jahren 1918 bis 1921 erfolgte aufgrund der fehlenden politischen Integration der Deutschen in Westungarn eine Herausbildung einer Anschlussbewegung in Wien, die von den Großdeutschen entscheidend beeinflusst wurde.
Auch die Großdeutschen versuchten nach Übernahme des Burgenlandes, die vorhandenen Ansätze während der Anschlussbewegung auf deutschnationaler Seite zusammenzufassen. Die Gründungsversammlung des „Großdeutschen Landbundes für das Burgenland" fand am 8. Jänner 1922 in Sauerbrunn statt.[14]
Trotz aller Bemühungen konnte aus der GDVP keine einheitliche Bewegung geformt werden. Im Dezember 1921 spaltete sich der „Burgenländische Bauernbund" ab.[15] Durch das Auftreten dieser zweiten nationalen Partei, die von der Steiermark aus gegründet wurde, gerieten die Großdeutschen in eine Konkurrenzsituation. Die Arbeit dieser steirischen Partei konzentrierte sich besonders auf den Süden des Landes.

---

[12] Vgl. Kallinger, Die politischen Parteien im Burgenland, S. 15.
Vgl. Schlag, Burgenland, S. 764.
Vgl. Heidrich, Charlotte: Burgenländische Politik in der Ersten Republik. Deutschnationale Parteien und Verbände im Burgenland vom Zerfall der Habsburgermonarchie bis zum Beginn des autoritären Regimes (1918-1933) (= Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte, Bd. 4). Wien 1982, S. 68.
Ebda., S. 73.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



### *1.3 Wahlverhalten der Bevölkerung*

Die ersten Wahlen 1922 im Burgenland – Nationalrats- und Landtagswahlen gemeinsam – spiegelten deutlich die politische Kultur und Struktur des Landes wider: Der Sieg der Sozialdemokratie wurde insbesondere in den nördlichen Landesteilen errungen. Ein Ergebnis, das mit der Zahl der WanderarbeiterInnen im Wiener und Wiener Neustädter Raum und mit der Ausrichtung der Verkehrsverhältnisse auf die beiden genannten Ballungszentren korreliert, während in den drei südlichen Bezirken aufgrund des geringen Organisationsgrades und der niedrigen Zahl der WanderarbeiterInnen nur ein durchschnittliches Ergebnis erreicht werden konnte. Die Landarbeiterschaft auf den Gutshöfen, die KleinpächterInnen und -bäuerinnen und -bauern waren wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht besser gestellt als die ArbeiterInnen und trugen aus diesem Grund wesentlich zum Wahlsieg der SDAP bei.[16]

Im Gegensatz dazu erreichten die Christlichsozialen in allen Landesteilen einen gleichmäßigen Stimmenanteil, der nicht so sehr auf eine gute Parteiorganisation, als auf den Einfluss der (katholischen) Kirche im gesamten Land zurückzuführen war. Trotzdem war die CSP vom Wahlausgang enttäuscht.

Im nördlichen Teil des Bezirkes Oberpullendorf waren die meisten Dörfer von WanderarbeiterInnen, die traditionelle Verbindungen nach Wiener Neustadt hatten, bewohnt und daher von der Sozialdemokratie dominiert. Den Süden des Bezirkes besiedelten zum Großteil Bäuerinnen und Bauern, die überwiegend christlichsozial wählten.[17]

Die südlichen Landesteile waren überwiegend rechts-konservativ, wobei jedoch nicht die CSP, sondern der Bauernbund (= Landbund für Österreich) die stärkste Partei stellte. Hier waren etwa 80 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt.[18]

Die burgenländischen KroatInnen bilden die stärkste ethnische Minderheit. Die in der Zwischenkriegszeit durchgeführten Volkszählungen wiesen einen kroatischen Bevölkerungsanteil zwischen 13 und 15 %

---

[16] Ebda., S. 82.
Vgl. Schlag, Gerald: Die Rolle der Burgenländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Regierung und Landtag 1922-1934. In: Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung und Dokumentation der Geschichte der burgenländischen Arbeiterbewegung (Hg.): „Um Freiheit und Brot“ Geschichte der burgenländischen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945. Eisenstadt 1984, S. 39-71, hier S. 43.

[18] Vgl. Heidrich, Burgenländische Politik in der Ersten Republik, S. 84.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



aus[19], was ein beträchtliches sowie auch entscheidendes WählerInnenpotenzial für burgenländische Verhältnisse ausmachte.
Die kroatische Volksgruppe, die in zwei große politische Lager gespalten war, entsprach im Wahlverhalten durchaus der politischen Kultur des Landes.[20] Während die KroatInnen des südlichen und mittleren Burgenlandes dem christlichsozialen Lager angehörten, hatten sich die kroatischen BewohnerInnen der nordburgenländischen Gemeinden der Sozialdemokratie angeschlossen.
Während die KroatInnen nördlich des Sieggrabener Sattels wie ihre deutschsprachigen Nachbarn durch ihr enge wirtschaftliche Verbindung mit dem angrenzenden Österreich entschieden proösterreichisch und sozialdemokratisch eingestellt waren, identifizierten sich die KroatInnen im Landessüden durch den Einfluss des Klerus und der „magyaronischen" Intelligenz mit dem konservativen promagyarischen Lager. Dieser geopolitische und sozioökonomische Zwiespalt dauerte noch während der Zeit der Ersten Republik sowie darüber hinaus an und ist auch heute noch in gewisser Weise beobachtbar und spürbar.

Die burgenländischen Ungarn stellten nach 1921 eine ethnische Minderheit mit schrumpfendem Charakter während der gesamten Zwischenkriegszeit dar.[21] Der ungarisch-sprachigen Bevölkerung des Burgenlandes fehlte ein gemeinsames Bewusstsein. Ein wesentlicher Faktor für das Fehlen eines ausgeprägten Nationalbewusstseins, das die lokalen Identitäten verdrängen hätte können, lag im ungarischen Wahlrecht. Im Gegensatz zur österreichischen Reichshälfte wurde im Königreich Ungarn bis 1918 das allgemeine Wahlrecht für Männer nicht eingeführt.[22] Politische Propaganda ungarischer Parteien erfasste daher nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Bevölkerung und konnte kaum zu einem nationalen Differenzierungsprozess beitragen.
Der Anschluss des überwiegend deutschsprachigen Westungarn an Österreich stellte die Ungarn vor eine völlig neue Situation: Plötzlich

---

[19] Die Volkszählung von 1923 gab 42.011 Personen, diejenige von 1934 40.500 Personen mit kroatischer Muttersprache an. Vgl. Kriegler, Johann: Politisches Handbuch des Burgenlandes. I. Teil (1921-1938), hier S. 13.

[20] Vgl. Schlag, Burgenland, S. 766.
Laut Volkszählung von 1923 bekannten sich 15.254 Personen zur magyarischen Sprachgruppe, bei jener des Jahres 1934 gaben nur mehr 10.442 Personen „Magyarisch" als sprachliche Zugehörigkeit an. Vgl. Kriegler, Politisches Handbuch, S. 13. Vgl. Schmelzer, Matthias/Wendelin, Harald: Magyarul beszélünk? Die ungarischsprechende Bevölkerung im Burgenland. In: Deinhofer, Elisabeth/ Horvath, Traude (Hg.): Grenzfall. Burgenland 1921-1991. Eisenstadt 1991, S. 181-190, hier S. 188.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



wurden sie nicht mehr als Mehrheitsvolk, sondern als Minderheitenvolk angesehen. Nicht nationale, sondern vielmehr soziale Zugehörigkeit bestimmte das Wahlverhalten im Burgenland, sodass sich SozialdemokratInnen und Christlichsoziale in der Ersten Republik die Stimmen sowohl der kroatischen als auch der ungarischen Minderheit teilen konnten. Allerdings erfolgte bei den Ungarn im Unterschied zu den KroatInnen keine Aufspaltung in einen assimilationswilligen sozialdemokratischen und einen betont nationalen klerikal-konservativen Flügel.[23] Die burgenländischen Ungarn wählten zwar keine bestimmte Partei, tendierten jedoch eher zur CSP.

In der Zwischenkriegszeit lebte ein Großteil der österreichischen Roma und Sinti in traditionellen Gruppenverbänden, die die Tradierung ihrer Sprache und Kultur gewährleisteten. Sinti und Lovara zogen meistens als WanderhändlerInnen von Ort zu Ort. Im Sommer stellten sie das Heer der TagelöhnerInnen und beschäftigten sich nebenbei als Scherenschleifer, Kesselschmiede und Rastelbinder.
Aufgrund dieser unterschiedlichen regional bedingten Berufstätigkeiten lässt sich auch ihr Wahlverhalten erklären. Für die Burgenland-Roma kann zwar keine besondere Affinität zu einer politischen Partei festgestellt werden, die Angehörigen im Landessüden neigten jedoch eher zu den Christlichsozialen, während die Ansässigen im Norden des Landes sich eher den ArbeiterInnen und „den Kleinen" hingezogen fühlten.

Nach der Angliederung 1921 lebten hier rund 3.700 Jüdinnen und Juden.[24] Die jüdische Bevölkerung trug entscheidend zur politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei.
Der Großteil der jüdischen Bevölkerung des Burgenlandes begrüßte die Angliederung an Österreich. Die Gründe lagen einerseits in einem kulturell deutschsprachig orientierten Hintergrund, auch wenn die Zweisprachigkeit – Deutsch und Ungarisch – in vielen jüdischen Familien zum alltäglichen Sprachgebrauch gehörte. Andererseits waren auch die Übergriffe ungarischer Freischärlerverbände gegen Jüdinnen und Juden in der Zeit des bewaffneten Konflikts um das Burgenland sowie der programmatische Antisemitismus des ungarischen Horthy-Regimes ausschlaggebend dafür, den Anschluss an Österreich zu propagieren.[25]

---

[23] Ebda., S. 189.
Die Volkszählung des Jahres 1923 wies 3.720 „Israeliten", jene des Jahres 1934 3.632 Personen jüdischer Konfession aus. Vgl. Kriegler, Politisches Handbuch, S. 13.
Vgl. Lichtenberger, Sabine/Tschögl, Gert: Zur burgenländisch-jüdischen Geschichte. In: Tschögl, Gert et al. (Hg.): Vertrieben. Erinnerungen burgenländischer Juden

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



Die burgenländischen Jüdinnen und Juden wählten fast geschlossen sozialdemokratisch, obwohl sie ihrer gesellschaftlichen Stellung nach eher zum bürgerlichen Lager zählten.[26] Die antisemitische Einstellung christlichsozialer Kreise, der katholischen Kirche sowie deutschnationaler Gruppen[27], vor allem aber die Schikanen und Verfolgungen während der Phase des „weißen Terrors" waren der Grund für dieses Wahlverhalten:

> *„[...] Dass die sozialdemokratische Partei mit einer Stimmenmehrheit abgeschnitten hat, hat in den bürgerlichen Kreisen eine arge Enttäuschung hervorgerufen, da diese mit einem sicheren Siege rechneten. Der Versager wird auf das Konto der Juden gebucht, welche zumeist sozialdemokratisch gestimmt haben sollen."*[28]

### *1.4 Militarisierung*

Aus Rücksicht auf die bevorstehende Aufbauarbeit und mit Bedacht auf die sensible Lage in Bezug auf das auf Revision des Vertrages von St. Germain-en-Laye hoffenden benachbarten Ungarn, einigten sich die im burgenländischen Landtag vertretenen Parteien im Zuge einer Landtagssitzung am 14. Juli 1923, auf den Aufbau von „Privatarmeen" zu verzichten.[29] Dieser Grundkonsens wurde von der rechtsextremen „Frontkämpfervereinigung" zur Jahreswende 1925/26 verlassen.[30] Auf die Gründung von Ortsgruppen in den Bezirken Eisenstadt und Mattersburg reagierte die Sozialdemokratie mit der Aufstellung des Republikanischen Schutzbundes. Als Reaktion auf den „Schattendorfer Zusammenstoß" und den Justizpalastbrand stellte schließlich auch das konservative Lager seine Wehrorganisation auf: die Heimwehr bzw. den „Heimatschutzverband Burgenland" Ende 1927 standen sich im Burgenland ungefähr 10.000 Heimwehr-Mitglieder, 3.000 Schutzbündler und einige hundert Frontkämpfer schwer

---

und Jüdinnen. Wien 2004, S. 494-513, hier S. 497.

Vgl. Schlag, Burgenland, S. 766.

Obwohl die SDAP den Antisemitismus ablehnte, immer für jüdische Mitglieder offenstand, wichtige Funktionen mit prominenten Politikern wie Otto Bauer, Robert Danneberg oder Julius Deutsch besetzte, war auch sie für antisemitische Stimmungen, vor allem der rechte Flügel innerhalb der Partei, anfällig. Dennoch wurde sie von ihren politischen Gegnern, die einen programmatischen Antisemitismus vertraten, als „verjudet" beschimpft.

Burgenländisches Landesarchiv (BLA), BH Neudsiedl am See, Lage- und Tätigkeitsbericht, Frauenkirchen, Nr. 3, 24. März 1927.

Vgl. Bauer, Ute: Der Zusammenstoß von Schattendorf. In: Amt der Burgenländischen Landesregierung (Hg.): Burgenländische Heimatblätter, 62. Jg., Eisenstadt 2001, S. 93-107, hier S. 94.

Ebda.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



bewaffnet gegenüber.[31] Der „Heimatschutzverband Burgenland" wies 327 Ortsgruppen auf, der Republikanische Schutzbund war in 61 Ortsgruppen organisiert und die „Frontkämpfervereinigung" konnte 23 Ortsgruppen verzeichnen.[32]
Auch die kroatische Volksgruppe wurde von der parteipolitischen Polarisierung erfasst. So waren die „roten Kroatengemeinden" des Nordburgenlandes relativ früh Hochburgen des Republikanischen Schutzbundes, während sich in den kroatischen Gemeinden des mittleren und südlichen Burgenlandes Ortsgruppen der „Frontkämpfervereinigung" bereits 1926 bildeten. In weiterer Folge breitete sich die Heimwehr hier nach 1927 besonders aus.[33] Bei der Etablierung der Wehrverbände war ein interessantes Phänomen zu beobachten: Die „Parteiarmeen" hatten in den kroatischen Orten einen außerordentlich hohen Organisationsgrad, stärker als in den deutschen Gemeinden.[34]

### *1.5 Landespolitik bis 1934*

Bis zum de jure-Ende der demokratischen Ersten Republik im Jahre 1934 waren vier Parteien die politischen Exponenten auf der politischen Bühne im Burgenland. In vier Landtagsperioden wurden zwischen 1922 und 1934 Anpassungen an das österreichische Rechts- und Verwaltungssystem geleistet und burgenländische Sonderwege (etwa im Schulwesen oder im Eherecht, wo ungarische Traditionen fortlebten) beibehalten.
Eine Pattsituation zwischen den Christlichsozialen und der Sozialdemokratie führte jedoch durch oft kuriose Koalitionsregierungen mit den jeweiligen Kleinparteien (LB und Großdeutsche) zu sehr eigenwilligen Regierungspraktiken, Stillständen und Blockaden. Den Landeshauptmann stellte jeweils eine der bürgerlichen Parteien, mehrheitlich die CSP. Der erste Landeshauptmann war parteifrei. Zwölf Jahre und elf Regierungswechsel, mit im Endeffekt dennoch mehrheitlich konsensualen Perioden – besonders in der ersten Hälfte der Aufhol- und Anpassungsphase – sind typischer Ausdruck für die Wechselhaftigkeit und Streitkultur im politischen System des Burgenlandes.[35]

---

Vgl. Schlag, Burgenland, S. 781.

Vgl. Bayer, Pia/Szorger, Dieter: Konsens und Konflikt. Schattendorf 1927 – Demokratie am Wendepunkt (= Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland, Bd. 119). Eisenstadt 2007, S. 14.

Vgl. Schlag, Gerald: Die Kroaten im Burgenland 1918 bis 1945. In: Geosits, Stefan (Hg.): Die burgenländischen Kroaten im Wandel der Zeiten. Wien 1986, S. 171-221, hier S. 200 f.

Ebda., S. 201.

Vgl. Widder, Roland: 90 Jahre Republik – und das Burgenland dabei! In: Karner,

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



Die letzten Wahlen im Burgenland, die Gemeinderatswahlen im Mai 1931, erscheinen besonders aus nationalsozialistischer Sicht interessant und bedürfen einer genaueren Analyse:

**Wahlergebnisse der Gemeinderatswahlen, 3. Mai 1931[36]**

| *Parteien* | *Stimmen* | *in Prozent* |
|---|---|---|
| Sozialdemokratische Partei | 40.615 | 35,9 |
| Christlichsoziale Partei | 37.883 | 33,4 |
| Landbund für Österreich | 16.857 | 14,9 |
| Wirtschaftspartei | 15.105 | 13,3 |
| NSDAP[a] | 1.138[b] | 1,0 |
| Großdeutsche Volkspartei | 624 | 0,6 |
| Juden[c] | 671 | 0,6 |
| Kommunistische Partei | 384 | 0,3 |
| GESAMT[d] | 113.277 | 100 |

Die Nationalsozialisten kandidierten in Eisenstadt (214 Stimmen), Neusiedl/See (392 Stimmen), Bruckneudorf (73 Stimmen), Parndorf (113 Stimmen), Mönchhof (273 Stimmen), Steinberg (48 Stimmen) und Jennersdorf (61 Stimmen). BLA, Forschungsarchiv, Wahlen vor 1938, Karton A/XIII-XVII, zit. nach: Tobler, Zur Frühgeschichte der NSDAP, S. 90. Eine weitere Quelle weist auch NS-Kandidaturen in Kleinwarasdorf und in Neckenmarkt aus. Vgl. Burgenländische Heimat, 8. und 15. Mai 1931.

Aufgrund abweichender Stimmenangaben in den hier verwendeten Quellen kann die genaue Zahl nicht ermittelt werden.

In den jüdischen Gemeinden traten eigene Parteien, wie z.B. die „Jüdischnationale Partei", an.

Wie bei Gemeinderatswahlen häufig üblich, fehlt auch eine Ausweisung eines landesweiten Gesamtergebnisses. Hierzu sei bemerkt, dass das Zahlenmaterial, welches die Landesregierung veröffentlicht, nicht objektiv ist und natürlich von den einzelnen Parteien willkürlich gedreht wurde. Vgl. Der Freie Burgenländer, 17. Mai 1931, S. 4.

---

Stefan/Mikoletzky, Lorenz (Hg.): Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament. Innsbruck 2008, S. 181-191, hier S. 190.

Der Freie Burgenländer, 17. Mai 1931, S. 4.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



Während die Nationalsozialisten ein halbes Jahr zuvor nur magere 0,7 % der Stimmen holten, verstärkte die Partei im Zuge der Wahlwerbung ihre Aktivitäten sowie Versammlungen und konnte bei diesen Wahlen, in all jenen Gemeinden, in denen sie kandidierte, mindestens ein Mandat erreichen.[37] In Mönchhof wurde die NSDAP auf Anhieb stimmenstärkste Partei und stellte bis zum Parteienverbot im Juni 1933 sogar den Bürgermeister.

Die Landtagswahlergebnisse und die Tatsache, dass die burgenländischen Nationalsozialisten im Süden nicht in der Lage waren für die Gemeinderatswahlen 1931 mit einer eigenen Kandidatenliste anzutreten, lässt den Schluss zu, dass die NSDAP in den südlichen, dem Gau Steiermark zugeordneten Bezirke des Burgenlandes, 1931 praktisch nicht existent waren.[38] Ausschlaggebend für die Stimmenzuwächse dürften die besseren Verkehrsverhältnisse des Nordburgenlandes gewesen sein. Dennoch muss auch festgestellt werden, dass die Organisation der burgenländischen NSDAP noch in den Startlöchern steckte und von einem Massendurchbruch weit entfernt war. Ansätze einer massenhaften Mobilisierung der WählerInnen waren kaum erkennbar.[39]

Das burgenländische „Landesbewusstsein" (bzw. die Suche danach) ist aber von Anfang an von Widersprüchlichkeiten geprägt: Eine Region, die von einer inner- und interethnischen Zusammensetzung gekennzeichnet war, die knapp unter ¼ Nicht-Deutschsprachige auswies, kam als „deutsches Burgenland" zu Österreich, und sandte „deutsche Grüße" von Landtag und Regierung aus an das Deutsche Reich.[40] Dieser Umstand ist deshalb erwähnenswert, weil er wiederum eine Besonderheit der speziellen politischen Kultur des Burgenlandes darstellt:

> *„So jung unser Land ist, es hat schon eine Tradition. Unser [...] Landtag hat schon [...] den Gedanken des Anschlusses an das Deutsche Reich, unser Mutterland, zum Ausdruck gebracht. [...] Wir achten sorgfältig die Rechte unserer nationalen Minderheit und gerade deshalb können wir mit besonderem Stolz feststellen,*

---

[37] Im Jahr 1930 votierten in 52 Gemeinden 983 Wähler/innen für diese Partei, sechs Monate später stimmten bereits in sieben Gemeinden über 1.600 Stimmberechtigte für die „Hitlerbewegung" Vgl. Fritsch, Otto: Zur Geschichte der NSDAP im Burgenland 1930-1933. Dipl., Univ. Wien 1990, S. 28.
Ebda., S. 36.
Vgl. Hänisch, Dirk: Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils. Wien, Köln, Weimar 1998, hier S. 92 f.

[40] Vgl. Widder, Die „Unschuld vom Lande", S. 42.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



*daß es in dieser Republik kein österreichisches, kein deutscheres Land gibt, wie das Burgenland. Und wir wollen diesen österreichischen Patriotismus im Land stärken.“*[41]

### 1.5.1 Politik der Straße

Die ersten Konflikte zwischen den Heimwehren und dem Republikanischen Schutzbund keimten im Oktober 1928 auf. Die relativ noch wenig politisierte Dorfgesellschaft kann die überraschende Tatsache erklären, dass sich im Burgenland bis zum Aufkommen des Nationalsozialismus im Jahr 1930 keine weiteren tödlichen Zusammenstöße[42] mehr ereigneten und „Schattendorf“ eine Ausnahme blieb.

Die Zersplitterung der burgenländischen Heimwehrbewegung, die mit dem „Korneuburger Eid“ und den Wahlen im November 1930 eingesetzt hatte, endete letztendlich in einem vollständigen Bruch, der zwei separate Flügel entstehen ließ: die christlichsozial ausgerichteten „Burgenländischen Landesschützen“ und den Starhembergischen „Österreichischen Heimatschutz im Burgenland“ [43] Dabei sympathisierten die Proponenten des Kroatischen Kulturvereins mit dem so genannten „Christlichen Heimatschutz“, der 1933 in „Burgenländische Landesschützen“ umbenannt worden war.[44] Der konservative Flügel der Kroatinnen und Kroaten schloss sich immer stärker rechtsextremen, antidemokratischen Strömungen an. 1932 wurden im Burgenland die „Ostmärkischen Sturmscharen“, organisiert von Kurt Schuschnigg, eingeführt, „um die politische, katholische und vaterländische Front in Österreich zu stärken.“[45] Diese „Sturmscharen“ hatten nie mehr als 1.000 Mitglieder und im Gegensatz zur Heimwehr keine militärische Ausbildung.[46]

Das Einsickern der Nationalsozialisten machte sich auch im Burgenland 1932 deutlicher bemerkbar. Propaganda und politischer Ter-

[41] Stenographisches Protokoll, III. Wahlperiode, Landtagspräsident Ernst Hoffenreich, 20. Mai 1927.

Abgesehen von einem Vorfall, der sich am 28. Oktober 1923 in Zillingtal ereignete: Der Obmannstellvertreter des katholischen Burschenvereines Stephan Schmeitz wurde von dem sozialdemokratisch organisierten Franz Neubauer nach einem politischen Wirtshausstreit erstochen. Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 349.

Vgl. Unger, Die Christlichsoziale Partei im Burgenland, S. 157 ff. Vgl. auch Heidrich, Burgenländische Politik in der Ersten Republik, S. 166 f.

Vgl. Fennes, Anton/Schinkovits, Stefan: „Das Brot schmeckt mir wie noch nie im Leben Die politische Situation der burgenländischen Kroaten von 1934-1945. Eisenstadt 2007, S. 10.

Zit. in: Unger, Die Christlichsoziale Partei im Burgenland, S. 177.

Ebda.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



ror verzahnten sich bei den Nationalsozialisten fast nahtlos. Ihre Aufmärsche hatten von Anfang an nicht die Funktion einer friedlichen Demonstration, sondern sie wollten den politischen Gegner, vor allem die Sozialdemokratie, auf der Straße stellen und Macht zeigen. In der nordburgenländischen Gemeinde Donnerskirchen fand im Februar 1932 eine Auseinandersetzung zwischen SA und christlichsozialen Turnern statt, bei der ein SA-Mann getötet wurde. Dieser erste Tote im Burgenland wurde zu Propagandazwecken zum „Blutzeugen" stilisiert und eine SA-Einheit nach ihm benannt.[47]

Das aufsehenerregendste Beispiel für die enorme Verschärfung der politischen Gegensätze und der NS-Gewaltpraxis im Burgenland lieferten SA-Mannschaften während ihres „Deutschen Tages": Am 2. und 3. Juli 1932 fand in Eisenstadt eine Großveranstaltung der Nationalsozialisten unter der Bezeichnung „Deutscher Tag" statt. Der „Deutsche Tag" war österreichweit eine aggressive Propagandaaktion und Machtdemonstration der Nationalsozialisten, die von Auseinandersetzungen mit den Behörden und dem politischen Gegner gekennzeichnet waren. So auch in Eisenstadt, wo ca. 500 SA- und SS-Angehörige aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland das Bild der Kleinstadt beherrschten.[48]

Im Rahmen dieser „Veranstaltung" wurde rasch ein Aggressionsobjekt gefunden, das sozialdemokratische Landesparteisekretariat. Auslöser war ein hitlerfeindliches Plakat im Anschlagkasten. Die Nationalsozialisten stürmten die Parteizentrale, zertrümmerten Teile der Einrichtung und Landeshauptmannstellvertreter Ludwig Leser wurde schwer verletzt. Dass die SA-Leute Gewalt anwendeten, war einerseits auf die fragwürdige Haltung der Polizeibehörden, unter deren Funktionäre nicht wenige mit den Nationalsozialisten sympathisierten, andererseits auf die Unaufmerksamkeit der sozialdemokratischen Landesparteileitung zurückzuführen.[49]

Im Juni 1933 hielt die burgenländische CSP einen „Werbemonat" für die im Mai zuvor gegründete „Vaterländische Front" ab. Denn zu Beginn des Monats beschlossen sämtliche rechts-konservative Wehrverbände, wie „Christlicher Heimatschutz", „Sturmscharen" und die „Frontkämpfervereinigung", ihren korporativen Beitritt zur VF.[50] Den Abschluss des „Werbemonats Juni" bildete eine große „vaterländische

[47] Vgl. Fritsch, Zur Geschichte der NSDAP, S. 44.
Vgl. Rothländer, Christiane: Die Anfänge des Wiener SS. Wien, Köln, Weimar 2012, S. 140.
Vgl. McLoughlin, Der Republikanische Schutzbund, S. 350.

[50] Vgl. Unger, Die Christlichsoziale Partei im Burgenland, S. 181.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



Kundgebung" am 2. Juli 1933 vor dem Eisenstädter Landhaus, zu der auch Bundeskanzler Engelbert Dollfuß persönlich kam.[51]
Ungeachtet dessen konnte sich der Nationalsozialismus langsam, aber in der politischen Öffentlichkeit bemerkbar verbreiten. Ein großes Hindernis stellte jedoch die Aufteilung in zwei Gaue dar. Während im Norden die Initiative der Parteiarbeit von außerhalb des Landes kam, begannen im Süden einheimische Nationalsozialisten den Parteiapparat aufzubauen. In beiden Landesteilen bildeten sich so genannte „NS-Hochburgen", im Norden war dies der Raum Neusiedl/See – Gols[52] und im Süden der Raum um Oberschützen.[53]

### 1.5.2 Burgenländisches 1934

Nach einer Reihe von Repressalien der Regierung gegen sozialdemokratische Organisationen und Einrichtungen – eine Konfrontation war nur noch eine Frage der Zeit – ereignete sich am 12. Februar 1934 ein Aufstand der noch intakten Formationen des formell verbotenen Republikanischen Schutzbundes, der nach dreitägigen Kämpfen von regierungstreuen Truppen blutig niedergeschlagen wurde. Während in Wien, in den Industriezentren der Steiermark, Nieder- und Oberösterreichs heftige Kämpfe stattfanden, bildete das wenig industrialisierte Burgenland kein Zentrum der Kampfhandlungen.
Unmittelbar nach Ausbruch der Kämpfe in Wien verhängte die Regierung Dollfuß das Standrecht. Öffentliche Zusammenkünfte, die als Aufruhr zu definieren waren, wurden unter Todesstrafe gestellt. Eine Nachrichtensperre sollte das Durchsickern von Informationen erschweren. Dennoch verbreitete sich die Meldung vom Aufstand der Wiener Sozialdemokratie auch im Burgenland. Die burgenländischen Sicherheitsbehörden reagierten generalstabsmäßig und nach vorgefertigten Plänen. Am Vormittag des 12. Februar wies das Bundeskanzleramt den hiesigen Sicherheitsdirektor an, „sämtliche Mandatare der sozialdemokratischen Partei und sonstige prominente Führer derselben [...] in Schutzhaft" zu nehmen.[54] Mit der Verhaftung von Landtagsabgeordneten Hans Bögl um 10:30 Uhr begann eine Verhaftungswelle.[55] Landeshauptmannstellvertreter Ludwig

---

[51] Ebda., S. 186.
Der Golser Bürgermeister, der Landwirt Johann Schmelzer, wurde am 28. Jänner 1938 von vier jungen Nationalsozialisten überfallen und leicht verletzt. Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 377.
Vgl. Fritsch, Zur Geschichte der NSDAP, S. 38.
Vgl. McLoughlin, Der Republikanische Schutzbund, S. 411.
Vgl. Göhring, Walter: Die burgenländische Arbeiterbewegung 1934-1938. In: Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung und Dokumentation der Geschichte der bur-

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



Leser konnte sich der drohenden Inhaftierung nur durch seine Flucht in die Tschechoslowakei entziehen.
Die Schlagkraft des verbotenen Schutzbundes wurde durch die Verhaftung der Kommandanten, darunter auch Koloman Tomsich, deutlich geschwächt. Die burgenländische SDAP war ihrer Parteileitung entraubt und die Befehlsstrukturen des Schutzbundes zerschlagen. Der Aufstand schien für das Burgenland verhindert.
Nur in vier Orten des Burgenlandes – Neufeld an der Leitha, Pöttsching, Siegendorf und Neutal – ereigneten sich unblutige Zwischenfälle mit Verhaftungen.[56] Eine kurze NS-Groteske bildete die „Revolte" von Mörbisch. Noch am Abend des 12. Februar gegen 19:00 Uhr rotteten sich mehrere Gruppen der illegalen NSDAP zusammen und tobten unter völlig falscher Einschätzung der Situation durch den Ort. Erst gegen 23:00 Uhr konnten die Nationalsozialisten durch Gendarmerie- und Heimatschutzverstärkung gestoppt werden. Bis 7:00 Uhr früh konnten 39 Verhaftete nach Eisenstadt überstellt werden.[57]
Eine einschneidende Folge des „12. Februar 1934" war die totale Zerschlagung der SDAP. Die Partei samt ihrer Vorfeldorganisationen wurde verboten. Unter das Verbot fielen auch alle sozialdemokratische Kultur-, Bildungs- und Sportvereine. 175 überregionale und 82 regionale Vereine wurden im Burgenland aufgelöst.[58]

Nach dem Verbot der österreichischen NSDAP im Juni 1933 arbeiteten die Nationalsozialisten im Untergrund auf einen gewaltsamen Umsturz zumeist durch terroristische Aktivitäten hin. Am 25. Juli 1934 stürmte eine SS-Einheit das Bundeskanzleramt in Wien, ohne auf Widerstand zu stoßen. Sie beabsichtigten, den Ministerrat, dessen Sitzung jedoch schon zu Ende war, zu verhaften. Sie trafen nur Bundeskanzler Dollfuß und Staatssekretär für Sicherheitswesen (Major) Emil Fey an. Dollfuß wurde beim Versuch, zu entkommen, erschossen.
Die einzige Aufstandsaktion der Nationalsozialisten im Burgenland, die

---

genländischen Arbeiterbewegung (Hg.): „Um Freiheit und Brot" Geschichte der burgenländischen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945. Eisenstadt 1984, S. 103-146, hier S. 103.
Vgl. Bayer, Pia/Szorger, Dieter: Der Weg zum Anschluss. Burgenlandschicksal 1928-1938 (= Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland, Bd. 125). Eisenstadt 2008, S. 26 f.
Vgl. Fritsch, Otto: Die NSDAP im Burgenland 1933-1938. Diss., Univ. Wien 1993, S. 72 f.
Vgl. Göhring, Burgenländische Arbeiterbewegung 1934-1938, S. 110 ff.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



alle Merkmale eines dilettantischen Kriegsspiels trug[59], fand in Minihof-Liebau statt und ist im Zusammenhang mit den Ereignissen in der benachbarten Steiermark zu sehen.[60] Das Südburgenland war NS-intern Teil des Gaus Steiermark. Der Hauptgrund für die weitgehend ruhige Lage lag sicherlich darin, dass die Schlüsselfigur der illegalen burgenländischen NS, Tobias Portschy, zu dieser Zeit in Haft war.[61]
Nur aus Oberschützen liegt ein Bericht vor, dass drei Nazis wegen des Verdachts verhaftet wurden, Kurierdienste durchgeführt zu haben. Im Haus des evangelischen Superintendenten („eines bekannten Nationalsozialisten") in Oberschützen soll am 25. Juli ein „reger Verkehr" von Nationalsozialisten stattgefunden haben.[62]
Obwohl der „12. Februar 1934" und der „25. Juli 1934" im Burgenland nur unblutige Zwischenfälle und Verhaftungen verzeichnete, hinterließ dieser doppelte Gewaltausbruch auch hier seine Spuren. Von einem „völlig ruhigen" Bundesland kann daher nicht gesprochen werden. Die Dichte an politisch motivierten Zusammenstößen war zwar geringer, gemessen an der Gewaltintensität und -praxis unterschied sich das Burgenland in keinster Weise von anderen Bundesländern.

### *1.6 Austrofaschismus im Burgenland*

Mit der Ausschaltung der parlamentarischen Demokratie 1933[63] und der Konstituierung eines autoritären Regimes im Mai 1934 wurde das bestehende durch ein neues politisches System ersetzt. Mit Hilfe des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917 regierte Engelbert Dollfuß diktatorisch weiter. Zudem setzte er alle Wahlen in Österreich aus. In den folgenden Monaten wurden die Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt und Streiks, Betriebsräte, der Republikanische Schutzbund, die KPÖ und NSDAP verboten. Danach erfolgten die Lahmlegung des Verfassungsgerichtshofes, die (Wieder-) Einführung des Standrechts und der Todesstrafe.[64]

[59] Vgl. Jagschitz, Der Putsch, S. 165.
Zum Vorfall im Detail siehe Jagschitz, Der Putsch, S. 166 und Fritsch, Die NSDAP im Burgenland 1933-1938, S. 75 ff.
Portschy war vom 12. Juli 1934 bis 3. November 1934 im „Anhaltelager" Wöllersdorf inhaftiert. Vgl. Mindler, Ursula: Tobias Portschy. Biographie eines Nationalsozialisten. Die Jahre bis 1945 (= Burgenländische Forschungen, Bd. 92). Eisenstadt 2006, S. 35.
Vgl. Bauer, Elementar-Ereignis, S. 265.
Dollfuß verkündete die „Selbstausschaltung" des Parlaments. Der Nationalrat hat sich jedoch nicht selbst ausgeschaltet, denn der Bundespräsident hätte den NR auflösen, Neuwahlen anordnen oder das Wahljahr 1934 abwarten können. Die CSP hatte jedoch aufgrund der anstehenden Wahlniederlage kein Interesse an Neuwahlen.
Vgl. Tálos, Emmerich/Manoschek, Walter: Zum Konstituierungsprozess des Austro-

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



Aufgrund eines Beschlusses der Regierung wurde im September 1933 erfolgte die Errichtung von so genannten „Anhaltelagern" zur Internierung von politisch Oppositionellen. Die österreichischen „Anhaltelager" lassen sich durchaus konsequent in die Maßnahmen des autoritären Regimes zur Vernichtung der demokratischen Ordnung einreihen. Im burgenländischen Kaisersteinbruch wurde vom 22. Jänner bis 30. April 1934 ein solches Lager eingerichtet, das einen Höchststand per 1. März 1934 von 634 Häftlingen aufwies.[65]

Am 1. Mai 1934 wurde die „Ständeverfassung"[66] verkündet. Diese war ein totaler Bruch mit der Republik. Zentrale Aspekte der Ideologie des „christlichen, deutschen und autoritären Ständestaates" waren der Aufbau einer nach Berufsständen gegliederten Gesellschaft, die Beseitigung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts, der Kampf gegen den Marxismus und die Arbeiterbewegung. Die 1933 gegründete Partei „Vaterländische Front" (VF) sollte nach den Plänen von Dollfuß ähnlich wie in Italien oder Deutschland als Staatspartei an die Stelle der demokratischen Parteien treten. Die VF, die streng nach dem Führerprinzip aufgebaut war, blieb jedoch ohne Eigendynamik und nur auf die regimetreuen BeamtInnen und LehrerInnen sowie auf die katholische Kirche gestützt.

Am 1. November 1934 trat die autoritäre burgenländische Landesverfassung in Kraft, die erste Sitzung des „neuen" Landtages fand am 11. November – zu Martini – statt. Eine Besonderheit der Landesverfassung 1934 bestand darin, dass sie erstmals ausdrücklich die Berücksichtigung der sprachlichen Minderheiten des Landes bei der Besetzung des Landtages festlegte.[67]

Der Aufbau der in der Verfassung vorgesehenen sieben Berufsstände konnte nur in der Landwirtschaft und ansatzweise im öffentlichen Dienst vollzogen werden.

---

faschismus. In: Tálos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938. 5. Aufl., Wien 2005, S. 6-25, hier S. 18 f.

Vgl. Jagschitz, Gerhard: Die Anhaltelager in Österreich (1933-1938). In: Jedlicka, Ludwig/Neck, Rudolf (Hg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Wien 1975, S. 128-151, hier S. 149. Diese Quelle weist auch auf ein „Anhaltelager" in Oberwart (ohne Zeitangaben) hin. Ebda., S. 148.

Diese „Maiverfassung", gestützt auf metaphysische und nichtdemokratische Legitimation, war unvollständig geregelt. Vgl. Tálos, Emmerich/Manoschek, Walter: Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus: (Verfassungs-)Rechtlicher Rahmen – politische Wirklichkeit – Akteure. In: Tálos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938. 5. Aufl., Wien 2005, S. 124-160, hier S. 126 ff.

Vgl. Schlag, Burgenland, S. 786.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



Das Schul- und Bildungssystem diente dem neuen Regime als wichtiges Mittel des Legitimationsversuches. Die Inhalte in Schulbüchern und Lehrplänen wurden ab 1934 konsequent auf die neuen Ziele hin orientiert, die mit „religiös-sittlich, vaterländisch-österreichisch und sozial-volkstreu" umschrieben wurden.[68] Die austrofaschistische Landesregierung beschloss im März 1935 die Auflassung der Staatsvolksschulen, die als konfessionelle oder Gemeinde-Volksschulen weitergeführt wurden. Eine vormilitärische Jugenderziehung setzte ab 1936 in den Schulen ein. Stark forciert wurden auch Gemeinschaftsformen wie Feiern, Appelle, Aufmärsche und so genannte Treuekundgebungen.

Das Symbol des Austrofaschismus war das Kruckenkreuz, der Gruß der VF lautete „Front Heil!" Die VF Burgenland umfasste 86 leitende Funktionäre.[69] Einen großen Stellenwert innerhalb der Organisationsstruktur der VF nahm die „Frontmiliz" ein. Sie entstand im Mai 1936 als „Wehrfront" und bündelte den Großteil der früheren konservativen Wehrverbände wie den „Österreichischen Heimatschutz" (Heimwehr), die „Ostmärkischen Sturmscharen", den Freiheitsbund, die Christlich-Deutsche Turnerschaft und die Burgenländischen Landesschützen. Alle Wehrorganisationen wurden systematisch entmachtet und in die neugeschaffene „Frontmiliz" überführt, die nun als Teil der VF gesetzlich verankert, aber gleichzeitig der Befehlsgewalt des Bundesheeres unterstellt wurde.[70]

Ohne die „Frontmiliz" verfügte die burgenländische VF über 83 Funktionäre. Fast die Hälfte der Funktionäre der VF rekrutierte sich aus LehrerInnen, 13 % waren BeamtInnen und 21 % betrug der Frauenanteil der in der „Front" aktiven Personen.[71] Im Burgenland betrug der Mitgliederstand der VF im Juni 1935 „nur" 23 % der Gesamtbevölkerung. Bis April 1937 hatte er sich auf über 38 % erhöht.[72] Per 9. März 1938 lag die Mitgliederzahl der VF im Burgenland bei 127.380.[73] Die Einheitsgewerkschaft des autoritären Regimes hatte im ohnehin kaum industrialisierten Burgenland ein geringes Entwicklungspotenzial, die Gewerkschaft zählte hier Ende 1936 7.771

---

68 Vgl. Bayer/Szorger, Der Weg zum Anschluss, S. 19.
Ebd., S. 32.

70 Vgl. Tálos/Manoschek, Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus, S. 151.
Vgl. Bayer/Szorger, Der Weg zum Anschluss, S. 33.
Vgl. Schlag, Burgenland, S. 787.
Vgl. Kriechbaumer, Robert (Hg.): Österreich! und Front Heil! Aus den Akten des Generalsekretariats der Vaterländischen Front. Innenansichten eines Regimes. Wien, Köln, Weimar 2005, S. 103.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



Mitglieder.[74] Ab 1936 nahm die Zustimmung zum Dollfuß/Schuschnigg-Regime merklich ab.

#### 1.6.2.1 Die burgenländischen KroatInnen

Als am 11. März 1934 die Jubiläumsfeiern „400 Jahre Ansiedlung der Kroaten im Burgenland" mit einer Großveranstaltung in der Hofburg in Wien endeten, veröffentlichte die kroatische Führung ein Manifest, in dem Treue gegenüber der katholischen Kirche und der politisch neu strukturierten österreichischen Heimat versprochen wurde.[75] Die KroatInnen verlangten die Erhaltung ihrer nationalen Eigenständigkeit in Kirche und Schule.

Jene KroatInnen, die nationalistisch eingestellt und im Kroatischen Kulturverein organisiert waren, standen loyal auf Seiten des Dollfuß/Schuschnigg-Regimes. Diese Regierung ging nämlich auf die Wünsche der kroatisch-sprachigen Bevölkerung besonders im schulischen und kulturellen Umfeld ein. So waren sie im burgenländischen Landtag mit vier Abgeordneten vertreten.[76] 1936 wurde ein Schulinspektor, dessen Kompetenzen jedoch stark eingeschränkt waren, für das kroatische Schulwesen eingesetzt und im Mai 1937 ein für die Minderheit sehr günstiges Minderheitenschulgesetz, das Unterricht in der Muttersprache gestaffelt nach Bevölkerungsanteilen vorsah, erlassen. Seine Einführung wurde jedoch durch den „Anschluss" im März 1938 verhindert.[77]

Aber nicht alle KroatInnen standen geschlossen hinter dem autoritären System, denn immerhin war eine größere Anzahl noch in der Sozialdemokratie organisiert. Ab Mitte der 1930er Jahre schwenkten viele in das Lager der immer stärker und dominanter werdenden Nationalsozialisten über. In den kroatischen Orten, wo viele ArbeiterInnen wohnten, waren zu dieser Zeit mehr Arbeitslose und Ausgesteuerte als Beschäftigte zu verzeichnen. Aber auch die Erbitterung über die brutale Vorgangsweise der autoritären Regierung im Februar 1934 und die Enttäuschung über die eigene Parteiführung veranlasste zahlreiche ArbeiterInnen sowohl aus den kroatischen wie auch aus den

---

[74] Die burgenländischen Freien Gewerkschaften hatte Ende 1933 20.000 Mitglieder, die christlichen Gewerkschaften 2.000 [2.712] und die „unabhängigen" 20. Vgl. Pasteur, Paul: Unter dem Kruckenkreuz. Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in Österreich 1934-1938. Innsbruck 2008, S. 93 f.

Vgl. Schlag, Kroaten, S. 202.

Ebda.

Vgl. Baumgartner, Gerhard: 6 x Österreich. Geschichte und aktuelle Situation der Volksgruppen. Klagenfurt 1995, S. 60.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



deutschsprachigen Gemeinden zu einem Beitritt in die damals noch illegalen NS-Organisationen.[78]

### 1.6.2.2 Die Burgenland-Roma

*„[...] Ich habe darauf hingewiesen, daß im Burgenland 7.200 Zigeuner leben, [...] Die riesige Vermehrung dieses Volkes muß jeden Burgenländer mit Besorgnis erfüllen. [...] Das hohe Haus und die hohe Landesregierung möge[n] sich dazu entschließen und unsere burgenländischen Bauern von diesen Parasiten befreien.“*[79]

Die schroffe Ablehnung und Diskriminierung gegenüber der Burgenland-Roma ging auch im Austrofaschismus weiter. Nach etlichen „Bürgermeisterkonferenzen“ erfolgte 1936 die Einrichtung einer eigenen „Zentralstelle zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ in Wien und die Roma wurden in ihren Wohnorten in eigenen Karteien erfasst.[80] Im April 1937 übergab der burgenländische Abgeordnete zum „ständischen“ Landtag, Gottlieb Grabenhofer, dem Bundeskanzler eine „Denkschrift zur Zigeunerfrage“, in der er für die „Wegnahme der Kinder und [ihre] Unterbringung in Erziehungsanstalten“ eintrat.[81]
Meistens wurden Maßnahmen angedacht, die „Zigeuner“ zu „vertilgen“[82], sie unfruchtbar zu machen oder sie nach Übersee zu deportieren. Bis 1938 verhinderten aber – wie von Antiziganisten häufig beklagt wurde – die österreichische Verfassung, der Völkerbund und der Vertrag von St. Germain-en-Laye ein radikales Vorgehen gegen die als „Zigeuner“ eingestuften Menschen. Die nach 1934 illegale NSDAP des Burgenlandes erklärte die so genannte „Zigeunerfrage“ sogar zu ihrem Hauptthema und agitierte mit dem Slogan „Das Burgenland zigeunerfrei“.[83]
Die rassistischen Forderungen und Repressalien der NSDAP gegenüber Roma waren also keineswegs neu, denn ihre Basis wurde bereits in der

---

Viele Leute, zumeist Einzelpersonen, die weder das Schuschnigg-Regime unterstützten noch mit den Nationalsozialisten kooperierten, schlossen sich Widerstands- und Untergrundorganisationen an. Vgl. Fennes/Schinkovits, Politische Situation der burgenländischen Kroaten, S. 27 ff.

Stenographische Protokolle, „Ständischer“ Landtag, Landtagsabgeordneter Gottlieb Grabenhofer, 27. Juni 1935.

80 Vgl. Baumgartner, 6 x Österreich, S. 118.

Vgl. Brettl, Herbert: Quellen zu Geschichte der „Zigeunerpolitik“ zwischen 1921 und 1945 im Bezirk Neusiedl am See. Oberwart 2007, S. 86.

Ebda.

Vgl. Baumgartner, 6 x Österreich, S. 118.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



Zwischenkriegszeit gelegt. Die Nationalsozialisten brauchten nur mehr auf Vorschläge und Maßnahmen zurückgreifen, deren Nährboden in der Ersten Republik wie im Austrofaschismus aufbereitet wurden.

### 1.6.1 Aufstieg der burgenländischen NSDAP

Das erste Auftreten nationalsozialistischer Gruppen fällt in die Jahre 1923 und 1925, doch ihre Organisierung wurde immer wieder durch Verhaftungen unterbrochen oder gestört.[84] Burgenländische Intellektuelle und StudentInnen der Universitäten Wien und Graz kamen als Erste mit nationalsozialistischem Gedankengut in Berührung. Im Oktober 1927 fand die erste ordentliche Hauptversammlung der „Vereinigung deutscher Hochschüler aus dem Burgenland" in Wien statt. Der frühe Nationalsozialismus konnte sich hauptsächlich auf drei Bevölkerungsschichten stützen: StudentInnen und AkademikerInnen, BeamtInnen und LehrerInnen sowie auf Bäuerinnen und Bauern in den protestantischen Gemeinden.[85] Bei der Betrachtung der zeitlichen und räumlichen Entwicklung der NSDAP ist auffällig, dass viele protestantische Gemeinden bereits frühzeitig Zentren des Nationalsozialismus waren.
Trotz der doch regional unterschiedlichen Organisationsdichte war mancherorts eine starke Radikalisierung des politischen Klimas zu konstatieren, besonders dort, wo die Nationalsozialisten mit starken Ortsgruppen der Sozialdemokratischen Partei in Konflikt gerieten. Dabei standen Störungen von Veranstaltungen des politischen Gegners, Raufereien mit oft schweren Verletzungen und auch Sachbeschädigungen auf der Tagesordnung.[86]
Im Vergleich zu den anderen Bundesländern lässt sich jedoch für die burgenländische NSDAP ein verspäteter Aufstieg beobachten, wobei zu bis zum Parteiverbot die Organisationsdichte der Partei weit unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt lag.[87] Für die Zeitperiode bis zum Ende der 1920er bzw. bis zum Beginn der 1930er Jahre kann festgestellt werden, dass die Nationalsozialisten eine unbedeutende Min-

---

[84] Vgl. Tobler, Felix: Zur Frühgeschichte der NSDAP im Burgenland (1923-1933). In: Burgenländisches Landesarchiv (Hg.): Burgenland 1938. Vorträge des Symposions „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren" im Kulturzentrum Eisenstadt am 27. und 28. September 1988 (= Burgenländische Forschungen, Heft 73). Eisenstadt 1989, S. 82-95, hier S. 85.
Vgl. Schlag, Burgenland, S. 788 f.
Ein Beispiel sei angeführt: Der sozialdemokratische Landarbeiter Matthias Pamer [Prammer] wurde am 30. Oktober 1932 in Zurndorf von Nationalsozialisten überfallen und schwer verletzt. Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 360.
Vgl. Tobler, Zur Frühgeschichte der NSDAP im Burgenland, S. 95.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



derheit blieben, die nur potentiell in wenigen Orten des Landes über stärkere Stützpunkte und nach den Ergebnissen der Nationalrats- und Landtagswahlen vom 9. November 1930 nur geringen Erfolg, bei den Gemeinderatswahlen vom 3. Mai 1931 lokale – durchaus beachtliche – Erfolge hatte.

1931 wurden die ersten SA-Gruppen gegründet sowie ein Großteil des Landes organisatorisch erfasst, wobei die „Kreisleitungen" Neusiedl, Eisenstadt und Mattersburg dem „Gau Niederösterreich" unterstellt wurden, während jene von Oberwart, Güssing und Jennersdorf dem „Gau Steiermark" angehörten. Der Bezirk Oberpullendorf hinkte in seiner Erfassung noch etwas nach und konnte noch keine „Kreisleitung" etablieren. Die soziale Herkunft der NSDAP-WählerInnen zwischen 1930 und 1932 sah im Burgenland folgendermaßen aus: Selbständige 23 %, Angestellte 14 %, BeamtInnen 40 %, ArbeiterInnen 15 % und Erwerbslose 8 %.[88] Von insgesamt 107 NS-Ortsgruppen, die bis zum Juni 1933 eruiert werden konnten, bestanden 37 NS-Ortsgruppen in protestantischen Gemeinden, der Ortsgruppenanteil in diesen Gemeinden betrug 34,5 %.[89]

Zudem hatten die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zur Folge, dass sich die wirtschaftliche Situation katastrophal verschlechterte. Die Krise erfasste das dörfliche Kleingewerbe und die Landwirtschaft und ließ die Arbeitslosigkeit ansteigen. Gleichzeitig wuchs die Mitgliederzahl der NSDAP an, weil ab 1934 sich zunehmend breite Kreise der Arbeiterschaft, teilweise enttäuschte jüngere Schutzbündler und Bäuerinnen und Bauern der Bewegung zuwandten.

Der starke Zulauf an Mitgliedern veranlasste die NSDAP eine Inspektion der Parteiorganisation im Burgenland durchzuführen. Mehr als die Hälfte der Ortschaften des Bezirkes Oberwart verzeichneten damals NS-Ortsgruppen. Am 7. Mai 1935 beauftragte der Landesleiter Hauptmann Leopold den Rechtsanwaltsanwärter Tobias Portschy mit dem Aufbau des illegalen Gaus Burgenland.[90] Analog zur Neugestaltung der politischen Organisation wurde auch die SA umgruppiert und nunmehr eine eigene „Brigade Burgenland" gegründet. Diese Brigade erreichte bereits 1936 eine Stärke von ungefähr 3.000 Mann.[91] Im Zuge des il-

[88] Vgl. Hänisch, Die österreichischen NSDAP-Wähler, S. 371.
Vgl. Fritsch, Zur Geschichte der NSDAP, S. 84.

[90] Vgl. Mindler, Portschy-Biographie, S. 49; Fritsch, Die NSDAP im Burgenland 1933-1938, S. 91. Der Gau Burgenland wurde nicht im April oder am 5. Mai 1935 geschaffen. Die Angaben von Kriegler, Politisches Handbuch, S. 110 und Schlag, Burgenland, S. 790 sind falsch.
Vgl. Schlag, Gerald: Der 12. März 1938 im Burgenland und seine Vorgeschichte. In:

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



legalen Gauaufbaus konnte auch die Propagandatätigkeit ausgeweitet werden.
Durch Verhaftungen von NS-Mitgliedern konnte die Organisierung der illegalen NSDAP zwar gestört, aber nicht unterbunden werden und ab 1937 war die NSDAP zu einer ernst zu nehmenden starken Kraft geworden. Die Hälfte aller nationalsozialistisch motivierten Tötungen des Jahres 1935 und alle Morde des Jahres 1936 richteten sich gegen die eigenen Personen. Besonderes Aufsehen erregte die Ermordung des aus der NSDAP ausgetretenen Johann Weichselberger in Neustift bei Schlaining am 28. November 1937, deren einschüchternde Wirkung auf die südburgenländische Bevölkerung noch weit über das Jahr 1945 hinaus spürbar war.[92]

### 1.6.2 Finalität des „deutschen" Burgenlandes

Die Vorgeschichte und der Verlauf der NS-Machtübernahme im Burgenland sollen an dieser Stelle nicht näher erörtert werden.[93] Für das Aufblühen des Nationalsozialismus im Burgenland können wesentliche Gründe genannt werden: Erstens war dieses Gebiet eine „völlige Neugründung ohne Binnenidentität" Zweitens gingen die politischen Entscheidungsträger vielfach deutschnationale Allianzen ein. Und drittens kam dieser Grenzstreifen ja als „deutsches Burgenland" 1921 zu Österreich. Diese Kontinuitäten mündeten schließlich im „Sieg" des März und April 1938, der sich im Burgenland am effektivsten sowie am profiliertesten vollzog, zeitgleich mit Jubel und Terror begleitet.
Auf die „Begeisterungswelle" folgte eine gut inszenierte „Propagandawelle" Sie war auf den 10. April 1938, den Tag der „Volksabstimmung über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" ausgerichtet und brachte im Burgenland ein fast hundertprozentiges Ergebnis für den „Anschluss".[94] Damit war im Burgenland – im Verhältnis der Wahlberechtigten[95] – die Zustimmung am höchsten. Das

Burgenländisches Landesarchiv (Hg.): Burgenland 1938. Vorträge des Symposions „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren" im Kulturzentrum Eisenstadt am 27. und 28. September 1988 (= Burgenländische Forschungen, Heft 73). Eisenstadt 1989, S. 96-111, hier S. 99.

Vgl. Fritsch, Die NSDAP im Burgenland, S. 262 ff.

Siehe dazu Brettl, Herbert: Nationalsozialismus im Burgenland. Opfer, Täter, Gegner. Innsbruck 2012, S. 65 ff.

171.491 Personen stimmten dafür (99,93 %), mit „Nein" haben 63 Personen gestimmt, die Zahl der ungültigen Stimmen betrug 52. Vgl. Bayer/Szorger, Der Weg zum Anschluss, S. 92.

Dabei ist zu bemerken, dass etwa 242.000 oder 5,4 % der über 20-jährigen ÖsterreicherInnen überhaupt kein Stimmrecht erhielten.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



Burgenland wurde mit Wirkung vom 15. Oktober 1938 auf die Gaue Niederdonau und Steiermark aufgeteilt, bis 1. Oktober 1945 war das Land politisch nicht existent.

### 1.6.3 Minderheiten und Nationalsozialismus

Das Verhalten sowie Verhältnis des burgenländischen Nationalsozialismus zu den Minderheiten und Volksgruppen war wie in keinem anderen Bundesland so ambivalent wie im Burgenland. Einerseits

> *„[waren] Ungarn und Kroaten mit dabei in der Kampfzeit, sie waren vollwertige Mitglieder der NSDAP – wenn sie sich zum deutschen Kulturkreis bekannten."*[96]

Aber andererseits

> *„[sind] die Zigeuner und die Juden seit der Gründung des Dritten Reiches untragbar. Glaubt uns, dass wir diese Frage mit nationalsozialistischer Konsequenz lösen werden."*[97]

#### 1.6.3.1 Die burgenländischen KroatInnen

Der Umstand, dass bereits zahlreiche Angehörige der kroatischen Minderheit Mitglieder der illegalen NSDAP und ihrer Gliederungen im Burgenland geworden waren und teilweise sogar Führungspositionen innehatten, stellte für das Burgenland ein zunehmendes Problem dar. Da bereits vor dem Parteiverbot der NSDAP in neun kroatischen Gemeinden NS-Ortsgruppen bestanden, so nahm der Einfluss der illegalen Nationalsozialisten nach der Installierung des Gaues Burgenland im Mai 1935 stark zu.[98] Sie versprachen den KroatInnen die ethnische Autonomie. Von den 65 burgenländischen Ortschaften mit kroatischem Bevölkerungsanteil hatten 30 Gemeinden illegale NS-Organisationen.[99] Zu Beginn des Jahres 1938 verstärkten sich in der kroatischen Presse die Warnungen vor der Gefahr durch den Nationalsozialismus. Am 22. Jänner 1938 erschien in der Wochenzeitung des Kroatischen Kul-

---

[96] Portschy im Interview mit Kurt Wimmer. In: Kleine Zeitung, 14. März 1978, S. 11, zit. nach: Mindler, Portschy-Biographie, S. 125.
Grenzmark Burgenland, Wahlzeitung zum 10. April 1938, Folge 5, 5. April 1938, zit. nach: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934-1945. Eine Dokumentation. 2. Aufl., Wien 1983, S. 299.

[98] Vgl. Fritsch, Die NSDAP im Burgenland, S. 200.
Ebda., S. 202.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



turvereins „Hrvatske Novine“ ein Aufruf, der sich mit der nationalsozialistischer Gefahr und Politik befasste.[100] Die Ideologie dieser Bewegung wurde abgelehnt, weil sie mit dem Sozialismus gekoppelt sei und zum anderen wurde die Gefahr erkannt, die ein nationalsozialistisches Großdeutschland für eine ethnische Minderheit darstellen würde. Bei der „Volksbefragung“ durch Schuschnigg kämpften der „regierungstreue“ Flügel und die kroatischen Medien für den Weiterbestand Österreichs.[101]

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten setzte ein schlagartiger Kurswechsel in der burgenländisch-kroatischen Politik gegenüber der neuen Regierung ein. In den kroatischen Gemeinden spiegelte sich die enthusiastische Stimmung für „Volk, Reich und Führer“ wider. Im Rahmen der Propagandaveranstaltungen vor der „Volksabstimmung“, die auch in kroatischer Sprache abgehalten wurden, hielt NS-Landeshauptmann Portschy auch Reden in kroatischen Dörfern, um für ein „Ja“ zu werben. Daher fanden sich auch viele kroatische „Parteitreue“ unter den NS-Wahlwerbern.

Das Wahlergebnis am 10. April 1938 erbrachte in den kroatischen Gemeinden einen vollen Erfolg für den „Anschluss“ Der Prozentsatz der „Ja“-Stimmen war nicht geringer als in den „deutschen“ Nur acht kroatische „Nein“-Stimmen wurden gezählt.[102]

Das gute Verhältnis zwischen NS-Regime und kroatischer Volksgruppe wurde bereits im Sommer 1938 getrübt. Ein „Führerbescheid“ ordnete an, dass nur Deutsche in die NSDAP aufgenommen werden durften – ein Dilemma für die burgenländischen NS-Akteure. Daher vertrat Portschy grundsätzlich den Standpunkt, „keinem ‚illegalen‘ Kämpfer kroatischer Abstammung die Aufnahme in die NSDAP zu verwehren“, unter anderem deshalb, weil „schon bis zum Jahre 1938 herauf ein freiwilliger und daher auch menschenrechtlich vertretbarer Germanisierungsprozess einen Teil der burgenländischen Kroaten erfasst hatte.“[103] Aus nationalsozialistischer Sicht waren die KroatInnen nur dann „tragbar“, wenn sie sich assimilierten und auf ihre Minderheitenrechte verzichteten.

---

[100] Vgl. Fennes/Schinkovits, Politische Situation der burgenländischen Kroaten, S. 42.

[101] Vgl. Schlag, Kroaten, S. 204.

[102] In Parndorf und Hackerberg wurden jeweils zwei „Nein“-Stimmen, in Zurndorf, Kaisersdorf und Hasendorf jeweils eine „Nein“-Stimme abgegeben. Vgl. Fennes/Schinkovits, Politische Situation der burgenländischen Kroaten, S. 49 ff. Bei dieser Auflistung fehlt die Gemeinde Neuberg, wo eine „Nein“-Stimme abgegeben wurde.

[103] Tagebuch II. Privatbesitz Heimo Portschy, S. 127, zit. nach: Mindler, Portschy-Biographie, S. 126.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



#### 1.6.3.2 Die burgenländischen Ungarn

Der aufkeimende Nationalsozialismus fand seine Parteigänger auch in den ungarisch-sprachigen Kleinbauernorten in bzw. um Oberwart und Oberpullendorf. Viele ungarische ProtestantInnen sahen in ihm einen Ausweg gegen den klerikalen Austrofaschismus. Aus einer Analyse der NSDAP-Mitgliederverzeichnisse wird ersichtlich, dass die Parteimitglieder besonders aus der Schicht der Klein- und Nebenerwerbsbäuerinnen und -bauern kamen.[104]

Dankgottesdienste beim „Anschluss", Parteiveranstaltungen der illegalen NSDAP in ungarischer Sprache, Hetzparolen gegen „Zigeuner", Verteufelung der „Vierpfaffenwirtschaft"[105] und zwiespältige Verhaltensweisen gegenüber den verfolgten Jüdinnen und Juden markierten die Haltung der burgenländischen Ungarn.

Im Hinblick auf den ungarischen Protestantismus, der im Widerspruch zur klerikal-faschistoiden Diktatur der frühen dreißiger Jahre stand, war die Orientierung an der großdeutschen Idee auch konfessionell begründet. Dementsprechend groß war die Hitler-Sympathie in der protestantisch bestimmten Region Oberwart. Da keine Homogenität gegeben war und die gemeinsame Sprache bzw. Abstammung keine Klammer über die jeweilige soziale, religiöse oder politische Zugehörigkeit bilden konnte, wurde die ungarische Minderheit auch nicht gesondert für ein „Ja" bei der „Volksabstimmung" umworben. Dies scheint auch nicht notwendig gewesen zu sein, denn in den ungarischen Gemeinden wurden nur vier „Nein"-Stimmen gezählt.[106]

#### 1.6.3.3 Die Burgenland-Roma

Mit dem „Anschluss" Österreichs und der Machtübernahme der Nationalsozialisten im März 1938 begann die radikale Politik gegenüber den „Zigeunern", die durch das Schüren vorhandener rassistischer Vorurteile „vorbereitet" wurde.

Unmittelbar nach dem „Anschluss" setzten die ersten Diskriminierungs- und Zwangsmaßnahmen gegen die Roma im Burgenland ein. Eine der ersten Amtshandlungen des nunmehr zum Landeshauptmann ernannten Portschy bestand darin, nach einem Erlass des Bundeskanzleramtes vom 16. März 1938 den „Zigeunern" das Wahlrecht zu entziehen, sodass sie bei der „Volksabstimmung" am 10. April nicht mehr wahlberechtigt waren.[107]

---

[104] Vgl. Baumgartner/Schinkovits, Vermögensentzug, S. 25.

[105] Gemeint waren der calvinistische, lutheranische und katholische Pfarrer sowie der jüdische Rabbiner der Gemeinde.

[106] In Oberwart und Unterwart wurden jeweils zwei „Nein"-Stimmen abgegeben.

[107] Vgl. Brettl, Quellen zur Geschichte der „Zigeunerpolitik", S. 90.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



In den nächsten Monaten wurde die Roma als „Fremde" sukzessive unter eigene Sondergesetze gestellt: Seit Mai 1938 war sämtlichen Roma-Kindern der Schulbesuch verboten, im Juli wurde die Schließung von Mischehen nicht mehr gestattet. Eine ebenfalls im Juli erlassene Verordnung sah die „Arbeitspflicht für alle arbeitsfähigen Zigeuner in geschlossenen Gruppen bei öffentlichen Bauten" vor.[108] Diese Arbeitspflicht, die de facto Zwangsarbeit entsprach, sollte einen Ausgleich für die Gemeinden darstellen, die die „arbeitsscheuen Zigeuner" jahrzehntelang erhalten mussten.
Auf Basis dieser Verordnung wurden in den einzelnen Ortschaften Arbeitstrupps gebildet, die ein tägliches Arbeitspensum von zehn Stunden zu verrichten hatten.[109] Im September folgte ein Musizierverbot, das den Roma das öffentliche Musizieren, das nach Ansicht Portschys nur einen Vorwand zum Betteln bildete, bei Androhung hoher Geldstrafen oder zwei Wochen Arrest untersagte.[110] Noch im Jahr 1938 erfolgten die ersten Deportationen burgenländischer Roma nach Dachau.[111]

### 1.6.3.4 Die burgenländischen Juden

Im Burgenland – dem Bundesland mit dem nach Wien und Niederösterreich drittstärksten jüdischen Bevölkerungsanteil – waren die antijüdischen Maßnahmen früher als in den anderen Regionen Österreichs auf eine „Gesamtlösung der Judenfrage" ausgerichtet. Im Jahr 1934 lebten hier 3.632 Personen[112], die in zehn Kultusgemeinden organisiert waren. Die burgenländischen Jüdinnen und Juden waren zum Zeitpunkt ihrer Vertreibung „alteingesessen" und sie waren mit Land und

[108] Vgl. Samer, Helmut: Die Roma von Oberwart. Zur Geschichte und aktuellen Situation der Roma in Oberwart. Oberwart 2001, S. 16.

[109] Vgl. Fritsch, Die NSDAP im Burgenland, S. 215.

[110] Grenzmark Burgenland, 4. September 1938, zit. nach: Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934-1945, S. 259.
Vgl. Samer, Die Roma von Oberwart, S. 16.

[112] Vgl. Moser, Jonny: Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938-1945 (= Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen, Bd. 5). Wien 1999, S. 7. In der Zeit zwischen der Volkszählung 1934 und dem März 1938 lässt sich ein Bevölkerungsschwund feststellen, der sich für das Burgenland mit einer Zahl von 3.446 Personen jüdischen Glaubens hochrechnen lässt. Gemäß der „Nürnberger Rassengesetze" muss jedoch die Zahl der wegen jüdischer Herkunft oder Glaubens verfolgten Personen höher angesetzt werden. Daher ist die Anzahl der wegen ihrer jüdischen Religion oder Herkunft verfolgten Personen im Burgenland mit 3.903 anzugeben. Siehe dazu http://www.forschungsgesellschaft.at/emigration/database/db_result_d.htm [Download: 30. November 2008].

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



Leuten verbunden. Über die Qualität dieser Verbindung lässt sich indessen streiten.
Der bodenständige Antisemitismus hatte seine Wurzeln in der religiösen Intoleranz, in der eigenen rassischen Überheblichkeit und im wirtschaftlichen Konkurrenzneid.
Mit dem Einsickern des Nationalsozialismus nahmen aber nicht nur die verbalen Attacken gegen die jüdische Bevölkerung des Burgenlandes zu, sondern auch tätliche Übergriffe und antisemitische Demonstrationen waren zu beobachten.[113] Ende des Jahres 1936 erging von der burgenländischen illegalen Gauleitung an die nachgeordneten Dienststellen der Befehl, das „Judenvorkommen" nach der Anzahl der Jüdinnen und Juden in den Orten, nach den Funktionären derselben und nach der Geschäftsmoral zu erfassen.[114]
Die Übergriffe und Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung des Burgenlandes begannen sofort nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten. Lokale NSDAP-Ortsgruppen, SA-Angehörige und die Gestapo waren in erster Linie dafür verantwortlich. Bereits am 13. März 1938 erfolgte eine „Schutzhaft" über – zumeist – Männer der jüdischen Familien und am 26. März 1938 wurden über die Bezirkshauptmannschaften die listenmäßige Erfassung der Jüdinnen und Juden sowie die Abgabe ihrer Vermögenserklärungen angeordnet.[115] Hausdurchsuchungen durch Gestapo-Angehörige und örtliche NS-Funktionäre, Beschlagnahmungen von Bargeld, Schmuck und Wertpapieren sowie die Verhaftung prominenter Juden bildeten den Beginn der Vertreibung der jüdischen Bevölkerung.
Diese Maßnahmen wurden, ebenso wie die Beschneidung der Bewegungsfreiheit, der wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten der jüdischen Bevölkerung und der Boykott von jüdischen Geschäften, mit Nachdruck von Kurzzeit-Gauleiter Tobias Portschy initiiert. Die meisten der ausgewiesenen Jüdinnen und Juden flohen nach Wien. Am 17. Juni 1938 wurden 799 burgenländische Jüdinnen und Juden in Wien gezählt, am 30. November 1938 bereits 1.700.[116]
Wenige Tage später, am 4. Dezember, berichtete die „Grenzland-Zeitung", dass die „Abwanderung der Juden [aus dem Burgenland] [...] nun als abgeschlossen bezeichnet werden kann."[117] Was die burgen-

[113] Vgl. Fritsch, Die NSDAP im Burgenland, S. 209.
[114] Ebda., S. 211.
[115] Vgl. Lichtenberger/Tschögl, Zur burgenländisch-jüdischen Geschichte, S. 505.
[116] Vgl. Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934-1945, S. 319.
[117] Grenzland-Zeitung, 4. Dezember 1938, zit. nach: Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934-1945, S. 319.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



ländische Judenverfolgung kennzeichnete war die brutale und radikale Vertreibung innerhalb kurzer Zeit. Die Vertreibung erfolgte innerhalb von zehn Monaten. Nirgendwo in Österreich und auch nicht in Deutschland wurden die Entrechtung, Beraubung und Vertreibung so rasch und hart durchgeführt wie im Burgenland. Doch nicht allen ist die Auswanderung aus Österreich gelungen. Während 2.672 Personen durch rechtzeitige Flucht oder Überleben in einem Konzentrations- oder Vernichtungslager dem NS trotzten, wurden 1.231 burgenländische Jüdinnen und Juden ermordet.[118]

## 1 Resümee

Die Erste Republik war von innenpolitischen und gesellschaftlichen Konflikten gekennzeichnet. Ein Großteil der Bevölkerung konnte nicht das notwendige Vertrauen in das demokratische Regierungssystem aufbringen, das Fehlen einer lebendigen demokratischen Tradition sowie eines nationalen Selbstbewusstseins hatte in der Zwischenkriegszeit fatale Folgen. Fehlendes Staatsbewusstsein und hohe Arbeitslosigkeit standen am Ende einer langen Kette politischer Krisen und Konflikte, welche die Erste Republik erschütterten.

Das neu geschaffene Burgenland wurde demnach unter ungünstigen Voraussetzungen als politische Baustelle Teil der ebenfalls jungen Republik. Anpassungs- und Strukturprobleme, Auswanderungswellen und verspätete Initiativen zur Förderung der Landesidentität prägten die politische Kultur der ersten Burgenlandjahre.

Die „Schüsse von Schattendorf" stellten ein Ausnahmeereignis für das Burgenland dar.[119] Die politischen Bestrebungen der Frontkämpfer und des Republikanischen Schutzbundes schufen lokal eine kritische Konfliktkonstellation. Sie glich eher einem mikrosozial und ethnisch-kulturell unterlegten „Krieg auf dem Dorf" zwischen Stammgästen konkurrierender Gasthäuser denn einer rein parteipolitischen Konfrontation. Der „Schattendorfer Zusammenstoß" war eine Verkettung menschlichen Fehlverhaltens, er wurde zum politischen, wie persönlichen Tabu – sowohl in den Täter- als auch in den Opferfamilien. Eine gewisse historische Belastung bleibt jedoch aufrecht. In den Jahren danach konnte der Riss, nicht mehr gekittet werden, der am 15. Juli 1927 – der wie ein Ventil die aufgestauten Aggressionen, das Gefühl der Ungerechtigkeit raus ließ – durch die Republik gegangen war.

Schwelende Konflikte wurden durch die „Macht der Straße" ausget-

[118] Vgl.http://www.forschungsgesellschaft.at/emigration/database/db_result_d.htm [Download: 30. November 2008].

[119] Vgl. Botz, Der „Schattendorfer Zusammenstoß", S. 26 f.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at



ragen – auch im Burgenland. Diese Politik in der Öffentlichkeit sozusagen wurde von allen politischen Kräften betrieben. Obwohl die Radikalisierung verspätet eintrat, die Dichte an politisch motivierten Zusammenstößen geringer war, bildete das Burgenland in Bezug auf das Ausmaß und die Praxis der Gewaltexzesse im Bundesländervergleich keine Ausnahme. Auch hier war ein Nord-Süd-Gefälle in der Geographie der Gewalttaten zu konstatieren, wobei eine ungleichmäßige Verteilung zugunsten des Nordens ersichtlich ist. Hohes Konfliktpotenzial lag immer wieder in der Luft, das dann im „Polarisierungsjahr 1934" ausbrach.

Erwähnt werden muss der verhältnismäßig große Minderheitenanteil (ethnische wie religiöse), den die Bevölkerungsstruktur des Burgenlandes der Zwischenkriegszeit aufwies. Die Minderheitenpolitik der Ersten Republik war minderheitenfeindlich, assimilationsfördernd und von einem versteckten Deutschnationalismus überlagert. Ob die Minderheitenpolitik des Austrofaschismus als vorbildlich bezeichnet werden kann, ist mehr als fraglich, denn mit Ausnahme des 1937 gewährten Minderheitenschulgesetzes für die burgenländischen Kroatinnen und Kroaten, das bis zum „Anschluss" jedoch nicht mehr verwirklicht werden konnte, kam das Regime den Minderheiten in keiner Weise entgegen. Während die kroatische Volksgruppe als Gegenleistung ihrer Loyalität und Partizipation am Austrofaschismus die meisten Zugeständnisse erhielten, waren die Ungarn im Burgenland einem unaufhaltsamen Assimilationsprozess ausgesetzt.

Die Lebensweise der Minderheiten blieb durch den Nationalsozialismus natürlich nicht unbeeinflusst. Die Konsequenzen waren sehr unterschiedlich und reichten von Duldung, Enteignungen über Diskriminierung bis Völkermord – sehr ambivalent, wie in keinem anderen Bundesland.

# ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Burgenländische Heimatblätter

Jahr/Year: 2014

Band/Volume: 76

Autor(en)/Author(s): Ratz Christian

Artikel/Article: "So jung unser Land ist, es hat schon eine Tradition..." - Zur politischen Kultur im Burgenland 1927-1938 69-98